



Deutsch-Ungarisches Forum 19. Jahrestagung

"20 Jahre wiedervereinigtes Europa:

Standort- und Richtungsbestimmung aus ungarischer und deutscher Sicht"*

Am 20. und 21. November 2009 fand in den Räumen der Andrassy Universität in Budapest die 19. Jahrestagung des Deutsch-Ungarischen Forums statt. Die bilaterale Gesprächsinitiative dient dem Gedanken- und Erfahrungsaustausch zwischen hochrangigen Vertretern und Experten aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und gesellschaftlichen Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland und Ungarn. Die Präsidenten des Deutsch-Ungarischen Forums sind Elmar Brok, MdEP, und Prof. Dr. Péter Balázs.

Themenschwerpunkte waren in diesem Jahr die wirtschafts-, gesellschafts- und außenpolitischen Gestaltungsaufgaben beider Länder und ihre Mitwirkung am europäischen Integrationsprozess. Das diesjährige Forum erörterte unter dem Titel „20 Jahre wiedervereinigtes Europa: Standort- und Richtungsbestimmung aus ungarischer und deutscher Sicht“ hochaktuelle Themen der europäischen Integration. Diskutiert wurden unter anderem die Lehren aus der Wirtschafts- und Finanzkrise, die gemeinsame europäische Donau-Strategie, die Zukunft des westlichen Balkans, das Verhältnis der EU zu ihren östlichen Nachbarn und die Perspektiven für einen „Wissensraum Europa“.

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßten der Rektor der Andrassy Universität, Prof. Dr. András Masát, und die beiden Präsidenten des Deutsch-Ungarischen Forums, Prof. Dr. Péter Balázs und Elmar Brok MdEP, die Teilnehmer des 19. Forums in Budapest. Dabei gedachten sie der Ereignisse von 1989 und hoben die besondere Rolle Ungarns beim Fall des Eisernen Vorhangs hervor.

In seiner Eröffnungsansprache erörterte der ungarische Außenminister Prof. Dr. Péter Balázs aktuelle Themen, wie die Agenda der EU nach der Ratifizierung des Lissabon-Vertrags, die Vorbereitungen der Trio-Präsidentschaft von Spanien, Belgien und Ungarn, die Rolle der NATO sowie die Situation der ungarischen Minderheiten im Ausland.

Staatssekretär Dr. Wolf-Ruthart Born überbrachte Grüße vom deutschen Außenminister Dr. Guido Westerwelle und gab einen



* Autoren: Bela Böhme, Tanja Leppik-Bork, Thomas Schüler.

kurzen Ausblick auf die Außenpolitik der neuen deutschen Koalitionsregierung: Die Regierung werde auf internationaler Ebene ein hohes Maß an Kontinuität wahren, dabei allerdings etwas andere Akzente setzen. Wichtige Themen in diesem Zusammenhang seien beispielsweise die Lage in Afghanistan, der Klimaschutz und das Finden einer Exit-Strategie für die Finanz- und Wirtschaftskrise.

Die EU und ihre Nachbarn



In seiner Einführungsrede zur ersten Podiumsdiskussion stellte der brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck die kulturelle und geschichtliche Nähe der osteuropäischen Staaten zu den Ländern der Europäischen Union heraus. Er begrüßte die im Mai 2009 etablierte Östliche Partnerschaft, im Rahmen derer die Beziehungen der EU zu diesen Ländern intensiviert werden sollen. Platzeck forderte, dass die wirtschaftliche und politische Entwicklung in den osteuropäischen Ländern gefördert werden müsse, um ihnen so die Chance zu geben, ins „Haus Europa“ aufgenommen zu werden. Besonderes Augenmerk richtete der Ministerpräsident in seiner Ansprache auf das Verhältnis zu Belarus, das er – nicht zuletzt aufgrund seiner persönlichen Erfahrungen durch seine

zahlreichen eigenen Kontakte dorthin – als zutiefst europäisches Land bezeichnete. Er kritisierte, dass die Sanktionspolitik in den letzten Jahre nur wenig gebracht habe und zeigte sich erleichtert, dass die EU nunmehr eine verstärkt auf Kooperation setzende Herangehensweise verfolge.

Die folgende Diskussion beschäftigte sich vor allem mit der Frage, wie ein engeres Verhältnis der EU zu ihren östlichen Nachbarn konkret gestaltet werden könnte. Von allen Teilnehmern wurde die Initiative zur Östlichen Partnerschaft dabei als erfolgversprechend beurteilt. Als Ergänzung zur ebenfalls vor Kurzem etablierten Union für den Mittelmeerraum ermögliche sie eine substantielle Ost-Süd-Differenzierung der Beziehungen der EU zu ihren Nachbarn. Da ein Beitritt der osteuropäischen Länder – wenn überhaupt – nur sehr langfristig in Frage käme, sei, so wurde von deutscher Seite betont, ein mit EWR/EFTA vergleichbarer Status, etwa nach dem Vorbild der Anbindung Norwegens an die EU, für jene Länder ein denkbare Ziel. Von ungarischer Seite wurde betont, dass die Finalität der Östlichen Partnerschaft ungeklärt sei und die Aussicht auf einen späteren Beitritt einen wirksamen Reformanreiz für die Partnerländer darstelle. Eine vorzeitige Festlegung würde demzufolge den Erfolg der Östlichen Partnerschaft torpedieren. Mittlerweile sähen aber auch die Partnerländer, welche die Initiative aufgrund ihrer fehlenden Mitgliedschaftsperspektive zunächst teilweise kritisiert hatten, ihre Vorteile und beteiligten sich nunmehr aktiv, beispielsweise im Rahmen der multilateralen Plattformen. Ein ungarischer Teilnehmer kündigte an, dass die Weiterentwicklung der Östlichen Partnerschaft eines der Schwerpunktthemen während der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2011 werde.

Von ungarischer Seite wurde zudem kritisiert, dass die politischen Eliten in den Nachbarländern der EU sich nicht trauten, ihren Bürgern zu erklären, dass die Europäische Nachbarschaftspolitik nicht auf eine spätere Mitgliedschaft abziele. Des Weiteren seien die gegenwärtigen Öffnungstendenzen in Belarus dadurch zu erklären, dass sich das Land mit einer EU-Perspektive ein Gegengewicht zum Druck aus Russland schaffen wolle. An echten politischen Reformen und grundlegenden strukturellen Änderungen habe die dortige Staatsführung jedoch kein Interesse. Ein deutscher Diskussionssteilnehmer ging in seinem Statement auf die Auswirkungen des Vertrags von Lissabon auf die EU-Ostpolitik ein. So böte die „Doppelhut“-Funktion der neuen Hohen Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik die Möglichkeit, die Beziehungen der Union zu ihren östlichen Nachbarn kohärenter zu gestalten.

Wirtschafts- und Finanzkrise

Im zweiten Panel wurden die Auswirkungen und Bewältigungsstrategien der Wirtschafts- und Finanzkrise in Ungarn und Deutschland aus praktischer und theoretischer Perspektive erörtert. Ziel des Panels war es, eine Zwischenbilanz des unmittelbaren Krisenmanagements zu ziehen und einen Ausblick auf mögliche langfristige politische Maßnahmen zu geben. Eine wichtige Frage, die sich den Teilnehmern des Panels stellte, war, wie die Finanzmärkte besser abgesichert werden könnten.

Insgesamt kamen die ungarischen und deutschen Teilnehmer zu dem Schluss, dass die ökonomischen Probleme nicht einfach zu lösen sein werden und noch keine konkrete Exit-Strategie vorliege. So schien es zunächst, als werde die Krise in Ungarn keine Auswirkungen haben. Erst in der zweiten Stufe zeigten sich dann direkte Auswirkungen auf Ungarn, wo viele Banken in ausländischer Hand seien, besonders durch Liquiditätsprobleme sowie einen Mangel an Vertrauen. Wichtig seien jetzt insbesondere strukturelle Reformen.

Es wurden aber auch grundsätzliche Fragen erörtert, wie etwa, inwieweit Konjunkturpolitik überhaupt eine geeignete Maßnahme in diesem Zusammenhang sei oder welche Bedeutung Innovationen zukomme. Insgesamt zeigte das Panel einmal mehr, dass die Lehren aus der Krise immer noch eine sehr offene Frage gerade auch für die Wissenschaft darstellen.

Stand und Perspektiven der deutsch-ungarischen Beziehungen

Das dritte Panel des Tages befasste sich schließlich mit dem Stand und den Perspektiven der deutsch-ungarischen Beziehungen und analysierte bereits Erreichtes und kommende Herausforderungen. Als zentrale Themen wurden ein Rückblick auf Erwartungen und Wünsche beider Staaten vor 20 Jahren, ein Blick auf die heutige Realität und Normalität der Beziehungen, die Frage nach der Kritik- und Konfliktfähigkeit auf beiden Seiten sowie das Ausarbeiten von Verbesserungsmöglichkeiten der Beziehungen genannt.



Ein ungarischer Vertreter unterstrich, dass die Erfolgsgeschichte der Beziehungen unter anderem den Grundlagenvertrag zu Tage brachte, in dem die besonderen Beziehungen zwischen Ungarn und Deutschland und auch das Deutsch-Ungarische Forum verankert seien. Für Ungarn sei Deutschland der wichtigste Partner und er warte nach seinem Beitrag zur

Wiedervereinigung Deutschlands auch eine besondere Stellung innerhalb der deutschen auswärtigen Beziehungen.

Beide Seiten stellten jedoch heraus, dass es 20 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs an der Zeit sei, die hervorragenden bilateralen Beziehungen auf eine neue Basis zu stellen und auf eine neue Ebene zu heben. In diesem Zusammenhang gab ein ungarischer Redner zu bedenken, dass die Beziehungen von den realen geopolitischen, soziokulturellen und politischen Rahmenbedingungen beider Staaten ausgehen sollten, die das Glück haben, eine nicht vorbelastete Geschichte zu teilen. Insbesondere seien daher Kritikfähigkeit und Selbstkritik ein Muss für beide Seiten. Weiterhin sei von beiden Ländern zu erwarten, dass sie zukünftig deutlicher aufeinander zuzugehen und etwas investieren. Es wurde jedoch auch angemerkt, dass Ungarn zu klein sei, um allein zu stehen, und sich daher als Teil einer „mitteleuropäischen Gruppe von Staaten“ sehen solle. Auch ein erneutes Erstarben der Visegrád-Gruppe um Ungarn, Tschechien, Slowakei und Polen sei anzustreben.

Als wichtigste gemeinsame Herausforderung für Deutschland und Ungarn wurde von Vertretern beider Länder die Energiepolitik herausgearbeitet. Von der ungarischen Seite wurde hierbei betont, dass ein größeres Verständnis Deutschlands gegenüber Russland gefordert sei. Weiterhin wurden von deutscher Seite der Westbalkan, die Weiterentwicklung der Donaustrategie, eine gemeinsame Extremismusbekämpfung, die personelle und institutionelle Ausgestaltung der EU, die Stärkung der

Zivilgesellschaft und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der journalistischen Korrespondenten als Themen genannt, bei denen Ungarn und Deutschland gemeinsam ein multilaterales Zusammenarbeiten der EU-Staaten vorantreiben bzw. vorhandene bilaterale Bemühungen verstärken könnten.

Der ungarische Vorschlag, dass es für das Deutsch-Ungarische Forum im nächsten Jahr von Interesse sein könnte, die ungarische und die deutsche Europäische Kulturhauptstadt 2010 zu thematisieren, beendete diese konstruktive und offene Diskussion.

Zum Abschluss des ersten Konferenztages lud die Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland in der Republik Ungarn, I.E. Dorothee Janetzke-Wenzel, zu einem Dinnerbuffet, zu dessen Auftakt der Staatsminister im Auswärtigen Amt Werner Hoyer eine Festansprache hielt. Hierbei betonte Hoyer die tiefe Dankbarkeit Deutschlands gegenüber Ungarn für dessen Rolle während des Falls des Eisernen Vorhangs. Weiterhin bekräftigte der Staatsminister die Absicht der neuen Bundesregierung, die Kontinuität der guten Beziehungen zwischen beiden Ländern zu wahren, nicht ohne neue Akzente in den Beziehungen zu den Nachbarn zu setzen. In Anlehnung an die Maxime des ehemaligen Bundesaußenministers Hans-Dietrich Genscher, dass sich in der EU Völker und Nationen auf Augenhöhe begegneten, versprach Hoyer, dass Deutschland seinen Nachbarn, wozu auch Ungarn zähle, zukünftig mehr Aufmerksamkeit zukommen lassen würde.



AG 1 – Außen- und Sicherheitspolitik: Die europäische Rolle bei der Stabilisierung des westlichen Balkans und Beitrittsperspektiven

In der Arbeitsgruppe, in welcher die Zukunftsperspektiven für den westlichen Balkan diskutiert wurden, spielten die zahlreichen lokalen Probleme, die zur Instabilität der Region beitragen, eine wichtige Rolle. So wurde vom Gros der Teilnehmer die Ansicht geteilt, dass Bosnien und Herzegowina ein dysfunktionaler Staat sei und als solcher das größte sicherheitspolitische Risiko in der Region darstelle. Eine Post-Dayton-Vereinbarung bzw. eine neue Verfassung, die das Zusammenleben der verschiedenen Volksgruppen im Staat besser regelt, sei dringend notwendig, auch wenn eine baldige

Umsetzung, insbesondere aufgrund des Widerstands der Republika Srpska, nur schwer zu erreichen sei. Wahrscheinlich sei, so ein Teilnehmer, dass auf Jahre hinaus noch internationale Sicherheitskräfte im Land stationiert bleiben müssten, um die Stabilität zu wahren. Als weitere bedeutende Risiken für die gesamte Region wurden die schwache Staatlichkeit im Kosovo sowie das Vorhandensein großer ethnischer Minderheiten identifiziert.



Die Wahrscheinlichkeit eines erneuten Krieges in der Region wurde von den Teilnehmern gleichwohl als gering eingeschätzt, da alle Akteure erkannt hätten, dass die euro-atlantische Integration die einzig zukunftsweisende Perspektive darstelle. So seien in allen Ländern des westlichen Balkans integrationsfreundliche Parteien an der Macht, und auch die wesentlichen Oppositionsparteien seien grundsätzlich für ein Vorantreiben der Anbindung an Europa. Während sich die Teilnehmer einig waren, dass den Ländern des Westbalkans eine Beitrittsperspektive offengehalten werden müsse, allein schon um den Anreiz für dortige Reformen aufrecht zu erhalten, herrschte Dissens darüber wie der Weg dorthin gestaltet werden soll. So sprachen sich einige der Anwesenden für das Modell einer Teil- oder Juniormitgliedschaft jener Staaten in der EU aus. Auf diese Weise, so die Befürworter, könne ein Zwischenschritt zum realistischere erst in 20 bis 25 Jahren erfolgenden Beitritt geschaffen werden. Von der Mehrzahl der Teilnehmer wurden solche Modelle jedoch abgelehnt. Zum einen, weil es unwahrscheinlich sei, dass die Länder des westlichen Balkans, denen eine Mitgliedschaft auf dem Gipfel von Thessaloniki 2003 ohnehin bereits versprochen wurde, solche Zwischenschritte akzeptieren würden. Zum anderen weil durch Modelle abgestufter Integration der Zusammenhalt der Europäischen Union als Rechtsgemeinschaft gefährdet werden würde. Kritisiert wurde in diesem Zusammenhang, dass die Verantwortlichen in den Ländern des westlichen Balkans vielfach davon ausgingen, dass es ohnehin und mit nur geringem eigenem Einsatz zu einer Aufnahme ihrer Länder in die Gemeinschaft kommen werde, während es gleichzeitig oftmals kaum Wissen über die Funktionsweise der EU und die mit einer Mitgliedschaft verbundenen Anforderungen gäbe.

Einen weiteren Schwerpunkt der Diskussion bildete die Frage, wie der ungarische Beitrag zur EU-Politik gegenüber den Staaten der Region aussehen könnte. Hierbei wurde die Idee einer Westbalkan-Strategie, die während ungarischen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2011 erarbeitet und beschlossen werden könnte, ins Spiel gebracht. Zur Begleitung und Unterstützung dieser Initiative könne beispielsweise, so der Vorschlag eines hochrangigen ungarischen Teilnehmers, an der Budapester Andrassy-Universität ein Think-Tank etabliert werden. Da auch Deutschland ein starkes politisches Interesse an der Westbalkan-Region habe, böte sich, so die einhellige Meinung, hier zudem eine verstärkte deutsch-ungarische Zusammenarbeit an.

AG 2 – Eine europäische Strategie für den Donaauraum

Im Juni 2009 hat der Europäische Rat die Kommission beauftragt, bis 2010 eine Strategie für den Donaauraum zu entwickeln. Die Donau ist der längste Fluss Europas mit zehn Anrainern, zu denen sowohl EU-Mitgliedstaaten als auch Beitrittskandidaten und ENP-Staaten gehören. Im Rahmen der Arbeitsgruppe diskutierten die ungarischen und deutschen Referenten und Teilnehmer, ob es bereits gemeinsame Entwicklungsziele für den Donaauraum gebe, welche Formen der Ausgestaltung denkbar und welche Akteure zu beteiligen seien.

Ausgangspunkt für die Entwicklung der Donau-Strategie war die Strategie für den Ostseeraum und das von der schwedischen Präsidentschaft entwickelte Prinzip der „Drei Neins“. Das heißt, dass es für die Donau-Strategie keine neuen Finanzmittel, keine neuen Rechtsnormen und keine neuen Einrichtungen geben soll.

Inhaltlich hat die Kommission für die Donau-Strategie drei Schwerpunkte formuliert: Verbindung und Kommunikation (Transport, Energieversorgung etc.), Umwelt und Risikomanagement (Wasser, Biodiversität, Katastrophen etc.) sowie gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung (Kultur, Tourismus etc.).

Die Referenten hoben hervor, dass sich gerade Ungarn und Baden-Württemberg sehr für die Donau-Strategie engagierten. So gebe es in Baden-Württemberg einen sehr emotionalen Bezug zur Donau und auch in Ungarn sei die Idee einer Donau-Zusammenarbeit sehr alt. Die Prioritäten Ungarns für die Donau-Strategie seien Sicherheit (Umweltschutz etc.), eine



nachhaltige Wirtschaftsentwicklung (Transport etc.) sowie die Stärkung von Kohäsion und Identität

(Kultur etc.). Dass ein solches Projekt das Potenzial habe, Europa eine Seele zu geben, wurde von ungarischen und deutschen Teilnehmern unterstrichen.

Bei der Diskussion wurde allerdings deutlich, dass es derzeit noch keine inhaltliche Gestaltung der Strategie gibt. Deshalb hoben die Teilnehmer die Notwendigkeit hervor, klare Ziele und Prioritäten zu entwickeln. Dabei wurde mehrfach der „bottom-up“- Ansatz betont, wobei auch darauf hingewiesen wurde, dass die einzelnen Projekte gemeinsamen Zielen entsprechen sollten. Zur genaueren Ausgestaltung der Donau-Strategie wurden folgende Überlegungen angestellt: die Projekte sollten immer grenzüberschreitend sein, einen Beitrag zur Sozialkapitalbildung leisten sowie als Best-Practice-Beispiele auch für andere Bereiche nutzbar sein.

Weitere Punkte der Diskussion betrafen bestehende Probleme zwischen Nachbarn im Donauroum, die bei der Donau-Strategie berücksichtigt werden sollten, sowie die Frage nach den zu beteiligenden Akteuren. Insgesamt machte die angeregte Diskussion in der Arbeitsgruppe deutlich, dass die Donau-Strategie ein spannendes Konzept mit vielen Aspekten ist, das ein großes Potenzial entfalten könnte.

AG 3 – Wissensraum Europa: deutsche und ungarische Erfahrungen und Strategien bei der Reform ihrer Hochschulsysteme

Die Arbeitsgruppe zum Wissensraum Europa konzentrierte sich auf die Umsetzung des Bologna-Prozesses in Ungarn und Deutschland. Obwohl beide Staaten mit dem Reformprozess unterschiedlich weit vorangeschritten seien, herrschte doch Einigkeit darüber, dass die Ziele der Reform erreichbar seien und der Austausch helfen werde, den Prozess positiv umzusetzen.



Es wurden verschiedene Probleme herausgearbeitet, die zum Großteil beide Länder betreffen. So wurde zum Beispiel von deutscher Seite die nur scheinbare Anpassung der Strukturen ohne eine

zeitgleiche Anpassung der Inhalte oder auch Schwierigkeiten bei der Beachtung der sozialen Gerechtigkeit in den Zulassungsprozessen genannt. Bei letzterem hätte aber auch Ungarn mit einer großen Heterogenität zwischen privaten und staatlichen Hochschulen zu kämpfen. In Deutschland hingegen bestünden große Unterschiede zwischen unterschiedlich geprägten Hochschulen und Bildungssystemen, die als bestehende Grundlage für die Reform nicht immer differenziert genug betrachtet und genutzt wurden um eine kohärente und doch vielfältige Hochschullandschaft zu schaffen.

Es bestand Einigkeit darüber, dass eine Erhöhung der finanziellen Mittel zur Umsetzung des Prozesses und die Verhinderung einer weiteren Bürokratisierung und Überregulierung dringend umgesetzt werden müssten, wenn die Ziele der Reform, Kohärenz zu schaffen, Vielfalt zu erhalten und Qualität zu sichern, erreicht werden wollten. Um das Ziel der Mobilitätserhöhung der Studenten zu erreichen (nur ca. 2% der ungarischen und 11% der deutschen Studenten verbringen zuzeit ein Teil ihres Studiums im Ausland), sollten auch bi- und multilaterale Kooperationen gestärkt werden. Hier wurden die Einführung von Doppelabschlüssen, ausschließlich leistungsabhängige garantierte Zugänge zu Hochschulen, eine gesicherte Anerkennung von Studienleistungen im Zuge von diversen Austauschprogrammen, eine Verbesserung der Stipendiensysteme und staatlichen Förderungen sowie eine Öffnung dieser für ausländische Studenten in Deutschland genannt.

Ein ungarischer Redner führte als erfolgreiches Projekt der Zusammenarbeit unter anderem ungarischer und deutscher Studenten die Gründung des Donauinstituts der Andrassy-Universität an, in dem Studenten und Dozenten Ideen und Strategien für die Region interdisziplinär und nationenübergreifend kommunizieren und harmonisieren.

Weitere Probleme, die jedoch erst in den nächsten Jahren sichtbar werden und daher jetzt multilateral umso ernster genommen werden sollten, sind die unterschiedliche Umsetzung des Prozesses in EU- und nicht EU-Staaten und die Effekte des dadurch drohenden Brain-Drains einerseits und der Visaregulierungen, welche die Mobilität langfristig behindern würden andererseits.

Abschluss

20 Jahre nach dem Mauerfall warf Markus Meckel in seiner Schlussansprache einen Blick auf die Entwicklungen in Europa und die deutsch-ungarischen Beziehungen. Er verwies auf die Berliner Erklärung, in der zu Recht stehe, dass wir es der „Freiheitsliebe der Menschen in Mittel- und Osteuropa verdanken [...], dass heute Europas unnatürliche Teilung endgültig überwunden ist“. Die Erweiterung und gleichzeitige Vertiefung der EU sei ein Sieg von Freiheit und Demokratie. Zudem unterstrich Meckel, dass es auch schon vor 1989 eine Geschichte der Freiheit in einzelnen Ländern Mittel- und Osteuropas gegeben habe. Deshalb sei es notwendig, diese „Geschichten“ auch in der Gesamtschau wahrzunehmen. In Europa gebe es allerdings noch keine gemeinsame Bewertung des Kommunismus. Die Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Diskurses sei aber eine Herausforderung, die gerade das Deutsch-Ungarische Forum wieder aufgreifen könne und müsse.



Ungarns Außenminister Péter Balász drückte in seiner Abschlussrede seine Bewunderung für die Fähigkeit der Deutschen zur Verarbeitung ihrer wechselvollen Geschichte aus und konstatierte, dass ein solcher Prozess für viele Menschen in Ungarn noch ausstehe. So belasteten die Vorkommnisse des Ersten und Zweiten Weltkriegs bis heute die Beziehungen des Landes etwa zu Serbien. Gleichwohl betonte er die europäische Perspektive der Staaten des westlichen

Balkans und mahnte an, dass man sich in der Europäischen Union hierbei mehr auf dieses eigentliche Ziel und weniger auf den beschwerlichen Weg dorthin konzentrieren solle. Des Weiteren warb er für die künftige Donaustrategie der EU und forderte darüber hinaus, dass der Schutz nationaler Minderheiten künftig wieder eine wichtigere Rolle im politischen Leben spielen müsse. Abschließend bekräftigte Balász, dass Deutschland für Ungarn das wichtigste Partnerland darstelle, sowohl in wirtschaftlicher, wie auch in kultureller und zwischenmenschlicher Hinsicht.